



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

KORREKTUR DER RENTENREFORM

■ ANALYSE	
Korrektur, Reform oder Auflösung der zweiten Säule des Rentensystems in Polen? Urszula Banaszczak-Soroka, Breslau	2
■ DOKUMENTATION	
Daten zu den Finanzen des Rentensystems	6
■ KARTE	
Durchschnittliche Pensions- und Rentenhöhe (brutto)	9
<hr/>	
■ CHRONIK	
3. Dezember 2013 – 20. Januar 2014	10
<hr/>	
■ VERANSTALTUNG	
Dritte Tagung Deutsche Polenforschung Gießen, 20.–22. März 2014	13

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Korrektur, Reform oder Auflösung der zweiten Säule des Rentensystems in Polen?

Urszula Banaszczak-Soroka, Breslau

Zusammenfassung

Das obligatorische Rentensystem in Polen, das 1998 auf den Weg gebracht wurde, ruht auf zwei Säulen. Dazu kommt als freiwillige dritte Säule die private Altersvorsorge. Die staatliche Sozialversicherungsanstalt (*ZUS*) als erste Säule verwaltet die eingehenden Beiträge der berufstätigen Versicherten und zahlt sie den aktuellen Renten- und Pensionsempfängern aus. Die kapitalbasierte zweite Säule bilden die Offenen Rentenfonds (*OFE*), die einen Teil der Rentenbeiträge aus der ersten Säule gewinnbringend investieren sollen. Vor allem seit dem Ausbruch der Krise der europäischen Staatsfinanzen wurden Schwächen in der Konstruktion der *OFE* verstärkt diskutiert. Aus diesem Grunde und im Zusammenhang mit der Suche nach Instrumenten zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise wurde Ende 2013 eine Rentenreform beschlossen, die die Erhöhung des Renteneintrittsalters und vor allem grundlegende Änderungen bei den *OFE* einführt. Letztere sollen u. a. zur Entlastung des öffentlichen Haushaltes beitragen und die Schuldenlast des Staates senken, was die Kritik hervorruft, dass hier über Vermögenswerte der Versicherten unberechtigt verfügt wird. Derzeit liegt die vom Sejm beschlossene und vom Staatspräsidenten unterzeichnete Gesetzgebungs-Novelle zum Rentensystem dem Verfassungsgericht zur Prüfung vor.

Das liberale Konzept der Reform des Rentensystems, das 1998 in Polen erarbeitet und eingeführt wurde, beruhte darauf, zwei Trägern die Organisation der Rentensicherung zu übertragen. Umgangssprachlich werden diese beiden Träger »Säulen« genannt. Die erste Säule wird von der staatlichen Sozialversicherungsanstalt (*Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS*) verwaltet. Deren Aufgabe ist es, die Sozialversicherungsbeiträge, darin auch die Rentenbeiträge sowie die Abgaben für die Krankenversicherung, zu sammeln sowie die Distribution der Geldleistungen für Pensionen, Renten, im Falle von Krankheit und Mutterschutz etc. Diese Säule basiert im Bereich der Renten und Pensionen auf dem Generationenvertrag: Die Pensionen und Renten werden direkt aus den eingehenden Beiträgen der berufstätigen Bevölkerung ausgezahlt; die Leistungen werden vollständig vom Staat garantiert. Für die Organisation der zweiten Säule, der sogenannten kapitalbasierten Säule, sind die Offenen Rentenfonds (*Otwarte Fundusze Emerytalne – OFE*) verantwortlich. Sie werden von den privaten Allgemeinen Pensionsgesellschaften (*Powszechna Towarzystwa Emerytalne – PTE*) gebildet und verwaltet. Grundlegendes Ziel der *OFE* ist, Finanzmittel anzuhäufen, und zwar einen Anteil aus den *ZUS*-Beiträgen abzuzweigen, und diese auf der Grundlage rechtlich benannter Finanzinstrumente für den zukünftigen Rentenberechtigten gewinnbringend zu investieren. Beide Säulen waren obligatorisch, wobei jeder Werktätige einen Offenen Rentenfonds zu wählen hatte [vgl. Polen-Analysen 70, <<http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen70.pdf>>].

Bis zum Jahr 2007 wurde keine Kritik am verpflichtenden Rentensystem geäußert. Erst die Krise zeigte

deutlich die Unausgereiftheit des Systems und rief einen Meinungsstreit um Fragen wie die Höhe der Gebühren, die der zukünftigen Rentenempfänger den *OFE* entrichtet, die zulässigen Investitionsmöglichkeiten, der Einfluss der *OFE* auf die Staatsverschuldung, das Renteneintrittsalter, die finanzielle Situation der *ZUS* hervor. Die Diskussionen waren sehr heftig. Einerseits meldeten sich Wissenschaftler, Politiker und Praktiker zu Wort und wiesen nach, dass das verpflichtende System korrekt konstruiert worden ist, räumten aber kleineren Korrekturbedarf ein. Andererseits zeigten Vertreter derselben Kreise auf, dass die *OFE* aufgelöst werden sollten, da die zweite Säule dem Staat und den zukünftigen Rentenempfängern mehr Schaden als Nutzen bringen würde.

Infolgedessen hat die Regierung das Rentensystem hinsichtlich der Sicherheit der Staatsfinanzen und dabei auch der künftigen Rentenempfänger analysiert und im Jahr 2011 und anschließend 2013 eine Gesetzesnovelle über die *OFE* und tiefgehende Änderungen im Rentensystem verabschiedet. Zu den wichtigsten Änderungen gehören:

- die Reduzierung der Beitragshöhe, die in die *OFE* eingezahlt wird,
- die Übertragung bestimmter Wertpapiere aus den *OFE* in die *ZUS* sowie deren Abschreibung,
- die Abschaffung der Verpflichtung, zu einem *OFE* zu gehören,
- die Erhöhung des Renteneintrittsalters,
- Änderungen der Investitionsgrenzen bei den Aktiva der *OFE*,
- die Einführung eines Akquise- und Reklameverbots zugunsten der *OFE*,

- Änderungen der Höhe der Gebühren, die von den *OFE* erhoben werden,
- die Möglichkeit, einen freiwilligen Rentenfonds durch die *PTE* zu gründen.

Die *OFE* und die öffentlichen Finanzen

Alle Arbeitnehmer führen einen Beitrag in Höhe von 19,52 Prozent des Einkommens an die *ZUS* ab, wobei Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils die Hälfte zahlen. 12,22 Prozent des Beitrags fließen auf das individuelle Konto des Versicherten bei der *ZUS* und die restlichen 7,3 Prozent wurden den *OFE* überwiesen. In den Jahren 2006 bis 2010 stieg die Summe der Beiträge, die die *ZUS* den *OFE* weiterleitete, von 16,2 Mrd. Zloty auf über 22 Mrd. Zloty, das heißt um zirka 40 Prozent. Dieser Abgang der Beiträge von der *ZUS* wurde aus dem Staatshaushalt ausgeglichen. Außerdem hat der Staat als Garant der Renten- und Pensionsauszahlungen eine weitere Zuwendung aus dem öffentlichen Haushalt zur Deckung der Ausgaben der *ZUS* überwiesen [vgl. Grafik 1 und 2].

In der Verfassung der Republik Polen von 1997 wurde die Grenze für die Verschuldung des öffentlichen Haushalts auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) festgelegt. Allerdings wurde diese Schwelle im Rahmen von Vorsichtsmaßnahmen bei der Aufstellung des Staatshaushaltes im Finanzgesetz vom 27. August 2009 auf 50 Prozent festgelegt. In den Jahren 2006 bis 2010 wuchs die Verschuldung des öffentlichen Haushalts von 506,3 Mrd. Zloty auf 747,9 Mrd. Zloty und überstieg im Jahr 2010 die genannte 50 Prozent-Grenze. Wenn es die zweite Säule nicht gäbe, könnte die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum BIP theoretisch deutlich unter der gesetzlichen Schuldengrenze liegen.

Regierung und Parlament, die in der schwierigen Phase der immer noch anhaltenden Krise die Situation der öffentlichen Finanzen im Auge behalten, beschlossen im Jahr 2011, die Beiträge, die den *OFE* zugeführt werden, von 7,2 Prozent auf 2,3 Prozent zu senken und sie bis zum Jahr 2017 schrittweise auf 3,5 Prozent anzuheben. Im Ergebnis dieser Lösung verringerte sich ab Mai 2011 die Erstattung der Beiträge an die *OFE* aus dem Staatshaushalt von 15,4 Mrd. Zloty auf 8,1 Mrd. Zloty im Jahr 2012. Der übrige Teil der Beiträge von 5 Prozent, der dem *OFE* nicht mehr überwiesen wird, wird auf einem Subkonto gutgeschrieben, das die *ZUS* für jeden Versicherten führt und das jedes Jahr valorisiert wird. Ähnlich wie die Mittel, die in den *OFE* angespart werden, unterliegen die auf dem Unterkonto der *ZUS* erfassten Beträge der Vererbbarkeit. Infolge dieser Änderungen verlangsamte sich das Tempo der öffentlichen Verschuldung in den folgenden zwei Jahren, allerdings nicht so stark, als dass sie unter 50 Prozent des BIP gefallen wäre.

Die Finanzierungsquellen für die öffentliche Verschuldung sind vor allem Wertpapiere, die vom Staatsschatz ausgegeben werden (Staatsanleihen und Schatzbriefe). Die Allgemeinen Pensionsgesellschaften, die die Aktiva der *OFE* verwalten, sind zu einer sicheren und effektiven Investition der überwiesenen Beiträge in die vom Gesetzgeber vorgegebenen Finanzinstrumente verpflichtet. Ebenfalls hat er den Umfang des Engagements in einzelne Wertpapiere bestimmt, zum Beispiel vor den Änderungen in den Jahren 2011 und 2013 bis zu 100 Prozent in die Wertpapiere des Staatsschatzes, in die Aktien börsennotierter Gesellschaften bis zu 40 Prozent usw. In der Struktur des *OFE*-Portfolios dominierten die Staatsanleihen aus dem Staatsschatz. Ihr Anteil überstieg in den vergangenen Jahren durchschnittlich 60 Prozent (im Jahr 2008 sogar 70 Prozent) [vgl. Grafik 3]. Man kann sagen, dass hier ein eigenartiges Paradox auftrat. Der Staatsschatz gab Staatsanleihen aus, um die Ausgaben der *ZUS* zu garantieren, und die Käufer dieser Staatsanleihen waren die *OFE*, die ein bedeutender Investor am Markt der öffentlichen Schulden wurden. Der Anteil der *OFE* an der Struktur der Investoren der Staatsanleihen des Staatsschatzes übersteigt 20 Prozent.

Die Analyse der Struktur des *OFE*-Portfolios, die ungünstige Relation der öffentlichen Verschuldung zum BIP und die schwierige Situation der *ZUS* entschieden über eine weitere, sehr wesentliche und tiefgreifende Korrektur des Rentensystems. Der Gesetzgeber verpflichtete die *OFE*, am 3. Februar 2014 der *ZUS* folgende Aktiva in folgender Reihenfolge zu überweisen: Staatsanleihen und Schatzbriefe, die vom Staatsschatz ausgegeben wurden, Anleihen, die von der Bank für Landwirtschaft (*Bank Gospodarstwa Krajowego*) ausgegeben wurden (sogenannte Autobahnanleihen, die vom Staat garantiert werden), andere Wertpapiere, die auf Geldleistungen lauten, die vom Staatsschatz garantiert oder verbürgt werden, sowie Geldmittel in polnischer Währung. Diese Übertragung wird in der Abschreibung von 51,5 Prozent der Verrechnungseinheiten eines jeden Mitglieds der *OFE* mit Stand 31. Januar 2014 bestehen. Die Mittel, die der *ZUS* übertragen werden – es handelt sich nicht um reale, sondern virtuelle Gelder –, werden auf dem Unterkonto eines jeden Versicherten erfasst und unterliegen der Valorisierung. Die Staatsanleihen und Schatzbriefe werden nach der Übertragung sofort dem Staatsschatz zum Erwerb vorgestellt und die anderen genannten Aktiva werden dem Fonds für Demografische Reserve (*Fundusz Rezerwy Demograficznej*) übertragen. Der Fonds für Demografische Reserve wird von der *ZUS* verwaltet. Er verfügt über reale Finanzmittel, die in sichere Finanzinstrumente angelegt werden können. Er stellt eine Garantie für die Rentenauszahlungen für das sogenannte Demografiehoch der Nachkriegszeit dar,

das Prognosen zufolge die Anzahl der Leistungsbezieher um 60 Prozent erhöhen wird. Diese Maßnahme wird Wirtschaftsexperten zufolge den Rückgang der öffentlichen Verschuldung um 146 Mrd. Zloty (das sind 8,5 Prozent des BIP) im Jahr 2014 bewirken, und um 15 Mrd. Zloty wird sich das Loch im Sozialversicherungsfonds (*Fundusz Ubezpieczeń Społecznych – FUS*) verkleinern, der von der *ZUS* beaufsichtigt wird. Das Vorhaben, die Hälfte der Aktiva der *OFE* der *ZUS* zu übertragen, ruft bei Verfassungsrechtlern Widerspruch hervor. Ein Teil von ihnen behauptet, dass dies ein Anschlag auf das Vermögensrecht der Mitglieder der *OFE* sei. Daher hat der Staatspräsident, obwohl er im Januar 2014 das Änderungsgesetz vom 6. Dezember 2013 mit den neuen Bestimmungen über die Auszahlungsgrundsätze für die Renten unterzeichnet hat, das Gesetz parallel dazu an das Verfassungsgericht geleitet, um die Vereinbarkeit mit einigen Vorgaben der Verfassung klären zu lassen.

Abschaffung der obligatorischen Zugehörigkeit zu den *OFE*

Im Mai 2012 beschlossen die Parlamentsabgeordneten, das Renteneintrittsalter auf das 67. Lebensjahr sowohl für Männer als auch für Frauen anzuheben. Bisher waren Männer im Alter von 65 Jahren und Frauen mit 60 Jahren in Rente gegangen. Die Anhebung wird schrittweise ab dem Jahr 2013 vollzogen, alle vier Monate wird das Eintrittsalter um einen Monat erhöht. Beispielsweise wird eine Frau, die im April 1956 geboren wurde, ein Jahr und einen Monat länger arbeiten; bis zum 67. Lebensjahr werden die Frauen arbeiten müssen, die im Jahr 2012 38 Jahre alt oder jünger waren.

Im Jahr 2013 galt weiter das Prinzip der verpflichtenden Zugehörigkeit zu der ersten und zweiten Säule des Rentensystems, der *ZUS* und den *OFE*. Im Gesetz vom 6. Dezember 2013 über die Änderung einiger Grundsätze für die Auszahlung der Rente wurden wichtige Änderungen im Bereich der Zugehörigkeit zu den *OFE* eingeführt. Die erste Änderung betrifft diejenigen Arbeitnehmer, die erst noch eine Arbeit antreten werden. Ab dem 1. Februar 2014 haben sie die Wahl, Beiträge nur an die *ZUS* oder an die *ZUS* und ausgewählte Offene Rentenfonds abzuführen. Aufgehoben wird also der Zwang, den *OFE* angehören zu müssen. Die zweite Änderung betrifft die aktuellen Mitglieder der *OFE*. Vom 1. April bis zum 31. Juli 2014 haben die Mitglieder der Offenen Rentenfonds die Möglichkeit, bei der *ZUS* eine Mitteilung einzureichen, dass sie einen Teil der Rentenbeträge weiter dem *OFE* übersenden. Alle, die keine solche Erklärung abgeben, werden automatisch bei der *ZUS* eingeschrieben; die Beiträge werden komplett dem Konto des zukünftigen Rentners gutgeschrieben, welches von der *ZUS* geführt wird. Die Entschei-

dung, ob man einen Offenen Rentenfonds wählt oder bei der *ZUS* bleibt, ist nicht endgültig. 2016 wird sich ein nächstes, viermonatiges Zeitfenster für eine eventuelle Änderung der Entscheidung öffnen, ob bei den *OFE* oder bei der *ZUS* eingespart werden soll. Weitere Zeitfenster werden alle vier Jahre geöffnet.

In den zehn Jahren vor Erreichen des Renteneintrittsalters werden die Mittel der *OFE* schrittweise dem Rentenfonds *FUS* übertragen und auf einem von der *ZUS* geführten Unterkonto erfasst. Die Auszahlung der Renten ist Angelegenheit der *ZUS*. Nach Erreichen des Renteneintrittsalters unterliegen die Mittel, die die Berechnungsgrundlage für die Rente sind, drei Jahre der Vererbbarkeit.

Änderungen der Investitionsgrenzen

Bis zum Jahr 2011 erlaubte das Gesetz über die *OFE* den Offenen Rentenfonds (neben vielen anderen Finanzinstrumenten) die Investition in Aktien von Gesellschaften, die an der Polnischen Wertpapierbörse notiert sind, zu 40 Prozent der Aktiva und in Anleihen des Staatsschatzes uneingeschränkt (100 Prozent). 2011 wurde beschlossen, dass das Limit für Investitionen in Aktien von 40 Prozent auf 90 Prozent angehoben wird, unter der Voraussetzung, dass es schrittweise von Mai bis Dezember 2011 auf 42,5 Prozent der Aktiva des Fonds angehoben wird und im Jahr 2012 auf 45 Prozent, 2014 auf 50 Prozent erhöht wird. Ab 2015 wird das Investitionslimit in Aktien um 2 Prozentpunkte jährlich steigen bis zu 90 Prozent des Wertes der Aktiva im Jahr 2034. Verboten wurde allerdings, Wertpapiere zu erwerben, die vom Staatsschatz emittiert oder garantiert werden. In der Gesetzesnovelle von 2013 wurden die Regeln zur Investition in Aktien geändert. Das ohnehin minimale Investitionsniveau in Aktien soll demnach bis Ende 2014 75 Prozent betragen, 55 Prozent bis Ende 2015, 35 Prozent bis Ende 2016 und 15 Prozent bis Ende 2017. Anders ausgedrückt, werden die *OFE* einerseits zu einem aggressiven Spieler an der Börse, andererseits eine finanzielle Unterstützung für die Gesellschaften, die am regulierten Markt notiert sind.

Verbot von Akquise und Reklame

Die Urheber der Reform waren überzeugt, dass sich die *OFE* um neue Klienten bemühen würden, indem sie mit der Höhe der Distributionsgebühr, die von jedem eingezahlten Beitrag abgeführt wird, konkurrieren. Die Realität war prosaischer: Die Rivalität begann unter Ausnutzung von Akquise- und Werbeaktionen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Die Akquisiteure wurden mit Provisionen belohnt (beispielsweise 100 bis 200 Zloty für die Akquise eines neuen Klienten, bis zu 700 Zloty für den »Abzug« eines Klienten von der Konkurrenz).

Statt sich rationaler Argumente zu bedienen, um für einen offenen Rentenfonds zu werben, setzten sie verbotene Argumente ein. Sie erschreckten die Klienten mit dem Argument des Bankrotts, stellten sich auf der Grundlage von Ergebnissen nicht aktueller Rankings der offenen Rentenfonds positiv dar, sie teilten sich auch Provisionen. Allein im Jahr 2010 wechselten 603.000 Personen den Fonds und die Allgemeinen Pensionsgesellschaften trugen Akquisitionskosten in Höhe von 464 Mio. Zloty – die sie aus den Aktiva der zukünftigen Pensionäre deckten. Die pathologische Erscheinung des »Transferkrieges« musste unterbunden werden, daher wurde in der Gesetzesnovelle des Jahres 2011 das Verbot eingeführt, zugunsten der *OFE* Akquise zu betreiben, die zum Ziel hätte, jemanden dazu zu bewegen, einem offenen Fonds beizutreten bzw. Klient eines Fonds zu bleiben, und insbesondere das Verbot, zusätzlichen materiellen Nutzen aufgrund der Mitgliedschaft anzubieten. Im Ergebnis der Verschärfung der Akquisitionsregeln wechselten im Jahr 2012 nur 119.500 Personen einen Fonds und die Akquisitionskosten verringerten sich um 70 Prozent (die Kosten betrug ungefähr 30 Prozent der Gesamtkosten der Allgemeinen Pensionsgesellschaften). Als Folge der Einsparungen bei den Akquisitionskosten stieg der Nettogewinn der *PTE* in den letzten Jahren von 598 Mio. Zloty im Jahr 2010 auf 720 Mio. Zloty im Jahr 2012 [vgl. Grafik 4]. Seit 2014 gilt für die *OFE* ein Verbot von nicht objektiver, unredlicher und unklarer oder irreführender Reklame, die die finanzielle Situation des Fonds oder der Versicherungsgesellschaft sowie das Risiko eines Übertritts in den Fonds bzw. des Verbleibs in einem Fonds verschleiern. Im Falle der Nichtbeachtung des Verbots droht eine Geldstrafe in Höhe von bis zu 3 Mio. Zloty, die von der Finanzaufsichtsbehörde erhoben wird.

Die finanzielle Belastung des *OFE*-Klienten

Von jedem Beitrag, der den *OFE* für das individuelle Versichertenkonto überwiesen wird, wird eine Distributionsgebühr abgezogen. Im Gesetz über die *OFE* wurde diese Summe auf maximal 7 Prozent, mit absteigender Tendenz bis zu 3,5 Prozent im Jahr 2014 festgelegt. Es wurde davon ausgegangen, dass die *OFE* untereinander konkurrieren würden, indem sie eine niedrigere Distributionsgebühr anbieten als vorgegeben. Dies war allerdings nicht der Fall. Daher wurde im Jahr 2009 mit Rücksicht auf das Wohl des Versicherten gesetzlich die Höhe der Distributionsgebühren auf 3,5 Prozent des entrichteten Beitrags festgelegt.

Die Distributionsgebühr ist nicht die einzige Belastung für den Klienten der *OFE*. Aus den Bruttoaktiva der Versicherten werden weitere Verpflichtungen der *OFE* gedeckt, unter anderem gegenüber den *PTE* für

die Verwaltung der Aktiva, gegenüber den Finanzberatungsunternehmen (Provisionen und Gebühren), dem Depositar für die Verwahrung der Wertpapiere. Hinzu kommt eine Gebühr, die vom *ZUS* für die Überweisung eines Teils des Beitrags an den zukünftigen Rentner erhoben wird. Die Distributions- und Verwaltungsgebühren sind die grundlegenden Einnahmen der *PTE*, sie stellen über 90 Prozent der Einnahmen der *PTE* für die Verwaltung der *OFE* dar [vgl. Grafik 4].

Nach der Analyse der Einkommensstruktur wurde festgestellt, dass die Distributionsgebühr bisher zu hoch war. Im Rahmen der Änderungen im Gesetz vom 6. Dezember 2013 wurde der Betrag auf 1,75 Prozent reduziert. Auch die Gebühr für den Wechsel des Fonds wurde gesenkt (die Gebühr für einen Wechsel betrug 0 Zloty, 80 Zloty oder 160 Zloty, abhängig von der Zeit, die zwischen dem Versicherungsantritt im jeweiligen Fonds und der Entrichtung der Transfergebühr lag), und es wurde verboten, bei der Bestimmung des Wertes der verwalteten Aktiva bestimmte Finanzinstrumente für ihre Berechnung hinzuzuzählen (z. B. die Zugehörigkeit zu Investitionsfonds).

Private Altersvorsorge

Eine Ergänzung zu den beiden Säulen sind freiwillige Rentenbeiträge, die sogenannte dritte Säule, die im Jahr 2004 eingeführt wurde – das Individuelle Rentenkonto (*Indywidualne Konto Emerytalne – IKE*) sowie das Arbeits-Renten-Programm (*Pracowniczy Program Emerytalny – PPE*). Im Jahr 2011 wurden Änderungen im Gesetz über das *IKE* und eine weitere Form des freiwilligen Sparens eingeführt, das Individuelle Rentenversicherungskonto (*Indywidualne Konto Zabezpieczenia Emerytalnego – IKZE*). Nach Angaben vom 30. Juni 2013 haben mehr als 816.000 Personen insgesamt 3,8 Mrd. Zloty auf den Konten des *IKE* angehäuft, auf den Konten des *IKZE* über 503.000 Personen 97 Mio. Zloty und auf den Konten des *PPE* 57.000 Personen etwas mehr als 1,8 Mrd. Zloty. Die Tatsache, dass nur zirka 10 Prozent der Arbeitnehmer freiwillig für die zukünftige Rente sparen, ist höchst beunruhigend. Die vom Gesetzgeber vorgeschlagenen finanziellen Erleichterungen beim *IKE* und *IKZE* sind zum einen wenig attraktiv und zum anderen hat sich noch kein Reflex herausgebildet, für die künftige Rente zu sparen. Die Abneigung gegenüber dieser Form Kapital anzuhäufen, ist auch den niedrigen Einkommen in Polen geschuldet. 2011 wurde den *PTE* erlaubt, freiwillige Formen des Sparens im Rahmen der statutarischen Aktivität einzuführen. Bisher hatten Banken, Finanzberatungsunternehmen, Investitionsfonds und Versicherungsanstalten eine solche Befugnis.

Zusammenfassung

In den letzten Jahren hat sich der Gesetzgeber unter dem Einfluss vieler Faktoren für verschiedene, zum Teil sehr radikale Änderungen im obligatorischen Rentensystem entschieden. Die Ergebnisse werden sich erst in der Zukunft abzeichnen. Es gibt keine Garantie, dass sich die einmalige Übertragung von Wertpapieren aus den OFE zur ZUS positiv auf die Höhe der öffentlichen Verschuldung in den nächsten Jahren auswirken wird oder ob es sich nur um eine zeitweilige Beruhigung der öffentlichen Finanzen handelt. Es lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob die OFE in ihrer jetzigen Form fortbestehen werden, sollte sich ein deutlicher Anteil der aktuellen Klienten entscheiden, zur ZUS zu wechseln. Zwar zeigen Untersuchungen des Meinungsforschungs-

instituts CBOS vom November 2013, dass fast 40 Prozent der Befragten bei den OFE bleiben wollen; 27 Prozent sind unentschieden und die übrigen beabsichtigen einen Wechsel zur ZUS, so dass die Chance besteht, dass die OFE weiter funktionieren werden. Allerdings gibt es viele Unbekannte, die in nächster Zeit bestimmt werden müssen, um eine rationale, aber sehr schwierige Entscheidung treffen zu können, ob man in den OFE bleibt oder zur ZUS wechselt. In den Händen der Klienten liegt die Zukunft der zweiten Säule, aber auch die OFE selbst müssen ihre Funktionsweise an die Bedürfnisse ihrer Kunden anpassen, insbesondere im Bereich der Kosten, die die zukünftigen Rentner belasten werden, sowie der Verantwortung für die anvertrauten Gelder.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

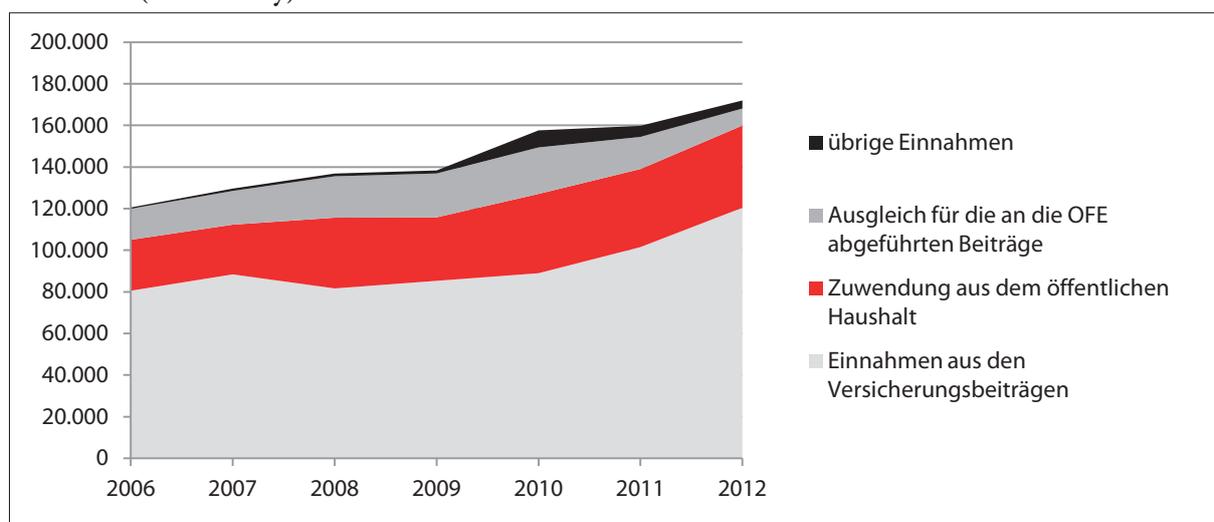
Über die Autorin

Dr. Urszula Banaszczak-Soroka ist Wirtschaftswissenschaftlerin an der Fakultät für Verwaltung, Recht und Wirtschaft der Universität Wrocław in Breslau. Ihre Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen im Bereich der Kapital und Finanzmärkte. Vorher hatte sie leitende Funktionen in Finanzinstitutionen inne.

DOKUMENTATION

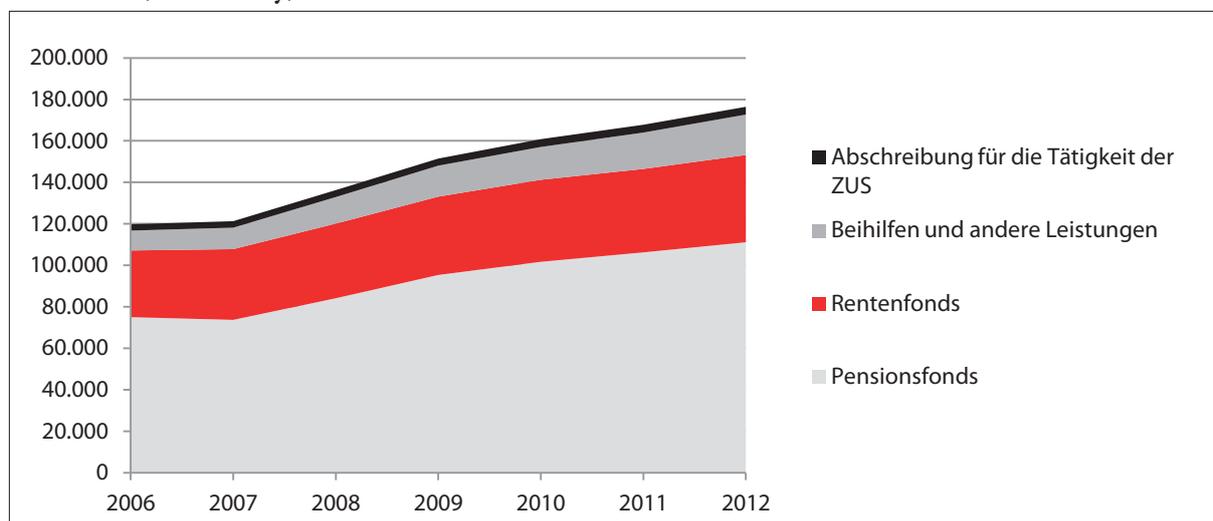
Daten zu den Finanzen des Rentensystems

Grafik 1: Die Struktur der Einnahmen der Sozialversicherungsanstalt (ZUS) 2006–2012
(Mio. Zloty)



ZUS/Zakład Ubezpieczeń Społecznych – Sozialversicherungsanstalt; OFE/Otwarte Fundusze Emerytalne – Offene Rentenfonds
Quelle: Bearbeitung von Urszula Banaszczak-Soroka auf der Grundlage von <<http://www.zus.pl/bip/default.asp?id=71>>

Grafik 2: Die Struktur der Ausgaben der Sozialversicherungsanstalt (ZUS) 2006–2012 (Mio. Zloty)



ZUS/Zakład Ubezpieczeń Społecznych – Sozialversicherungsanstalt

Quelle: Bearbeitung von Urszula Banaszczak-Soroka auf der Grundlage von <<http://www.zus.pl/bip/default.asp?id=71>>

Tabelle 1: Die Verschuldung des öffentlichen Haushalts

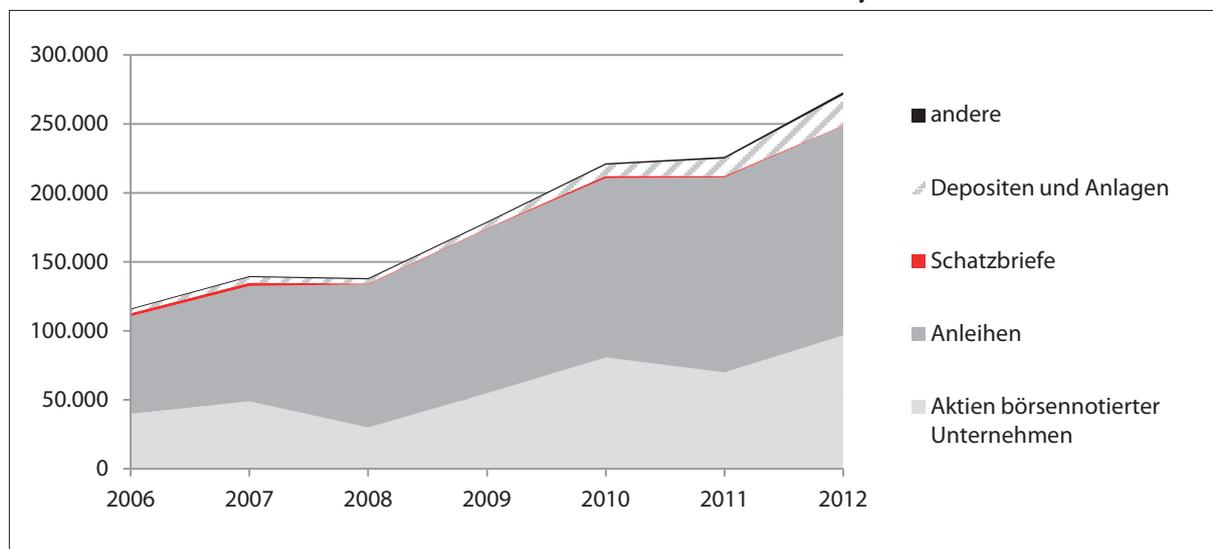
	Höhe der öffentlichen Verschuldung (Mrd. Zloty)	öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (%)	Ausgleich an die ZUS für die abgeführten Beträge an die OFE (Mrd. Zloty)	Anteil des Ausgleichs am Bruttoinlandsprodukt	öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, ohne OFE (%)
2006	506,3	47,8	14,9	1,41	37,5
2007	527,4	44,8	16,2	1,38	33,4
2008	597,8	46,9	19,9	1,56	34,0
2009	669,9	49,8	21,1	1,57	35,2
2010	747,9	52,8	22,3	1,58	36,4
2011	815,3	53,4	15,4	1,01	36,3
2012	840,5	52,7	8,0	0,50	35,2

ZUS/Zakład Ubezpieczeń Społecznych – Sozialversicherungsanstalt

OFE/Otwarte Fundusze Emerytalne – Offene Rentenfonds

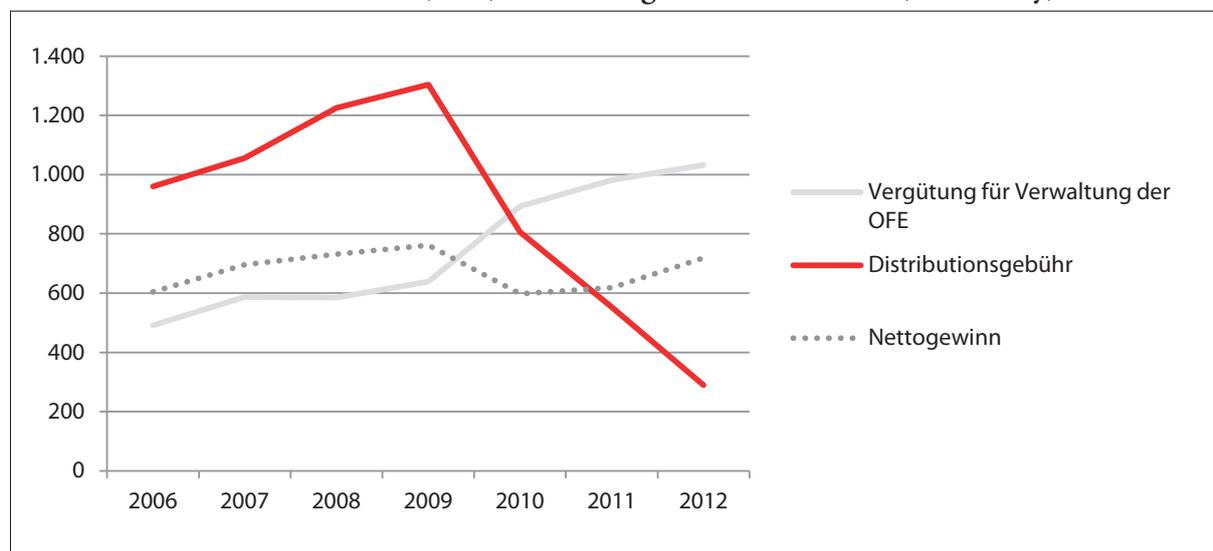
Quelle: Bearbeitung von Urszula Banaszczak-Soroka auf der Grundlage von <http://www.mf.gov.pl/documents/766655/1170490/zsfp_2013_06.pdf> (abgerufen am 12.12.2013); <http://www.mf.gov.pl/documents/766655/1414999/zsfp_2001_12.pdf> (abgerufen am 12.12.2013).

Grafik 3: Die Struktur des OFE-Portfolios 2006–2012 (Mrd. Zloty)



Quelle: Bearbeitung von Urszula Banaszczak-Soroka auf der Grundlage von <http://www.knf.gov.pl/opracowania/rynek_emerytalny/dane_o_rynku/rynek_ofe/Dane_roczne/dane_roczne.html>

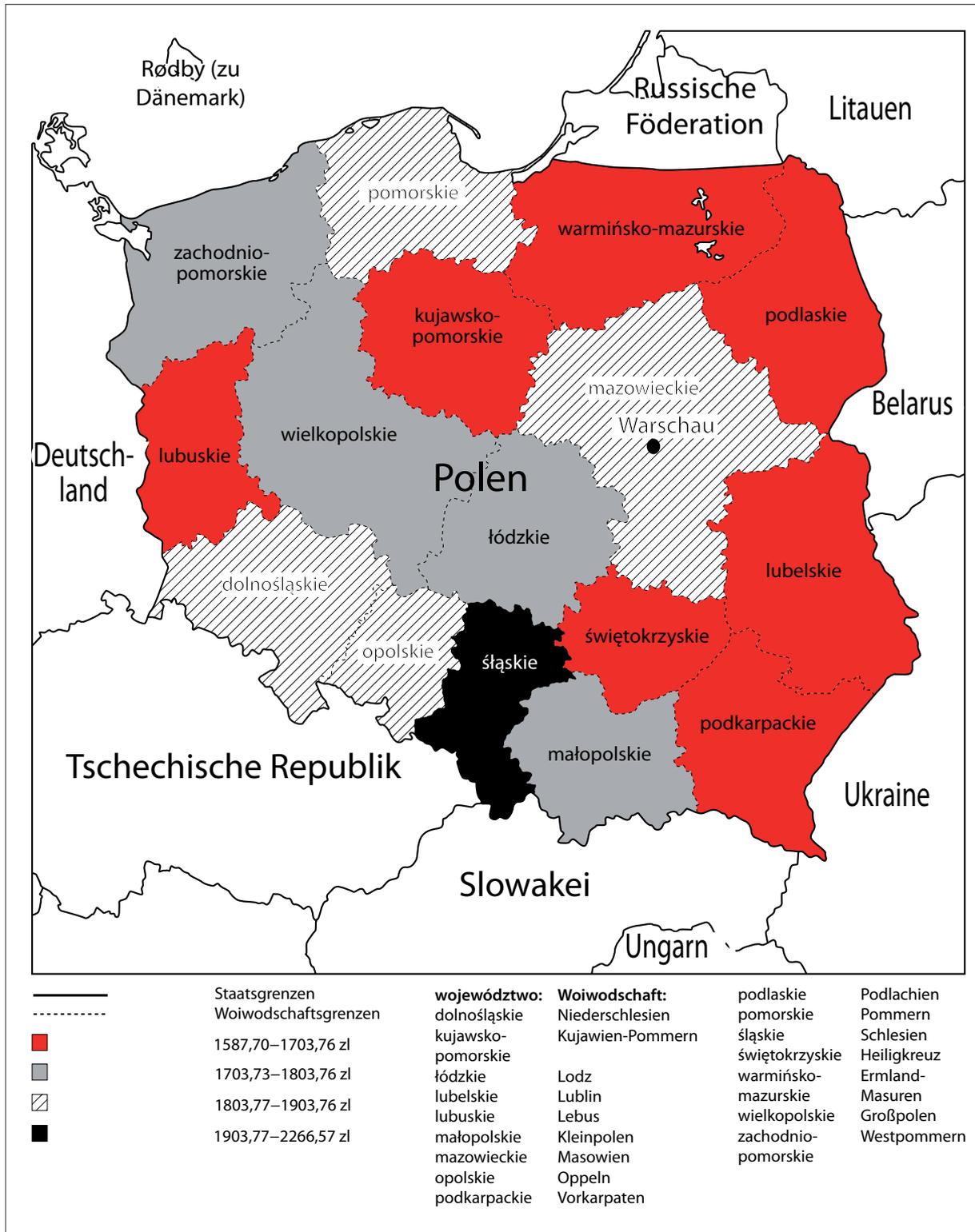
Grafik 4: Einnahmen der Allgemeinen Pensionsgesellschaften (PTE) für die Verwaltung der Offenen Rentenfonds (OFE) und Nettogewinn 2006–2013 (Mio. Zloty)



PTE/Powszechna Towarzystwa Emerytalne – Allgemeine Pensionsgesellschaften; OFE/Otwarte Fundusze Emerytalne – Offene Rentenfonds
 Quelle: Bearbeitung von Urszula Banaszczak-Soroka auf der Grundlage von <http://www.knf.gov.pl/opracowania/rynek_emerytalny/dane_o_rynku/rynek_ofe/Dane_roczne/dane_roczne.html>

KARTE

Durchschnittliche Pensions- und Rentenhöhe (brutto)



Quellen: Für das Zahlenmaterial: Gazeta Wyborcza vom 8.11.2013. <<http://bi.gazeta.pl/im/e6/96/z14915302Q,Gdzie-sa-najwieksze-i-najmniejsze-swiadczenia.jpg>>. (abgerufen am 8.11.2013); Karte: <<http://english.freemap.jp/blankmap/>>

3. Dezember 2013 – 20. Januar 2014

03.12.2013	Senatsmarschall Bogdan Borusewicz trifft sich mit Vertretern der Organisation »Ukrainer für die EU«, der ukrainische Staatsbürger angehören, die in Polen studieren und arbeiten. Borusewicz fordert die Opposition und die Staatsführung in der Ukraine auf, miteinander in Dialog zu treten. Dabei sollte die Oppositionsbewegung keine unrealistischen Forderungen stellen.
04.12.2013	Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, Grzegorz Schetyrna, bekundet vor Demonstranten auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew die Unterstützung Polens für die europäischen Bestrebungen der Ukraine. Eine polnische Delegation überreicht dem Vizepräsidenten des ukrainischen Parlaments und dem Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Integration, Ruslan Koschulinski und Grigorij Nemiria, einen einstimmigen Beschluss des Sejm vom Vortag, in dem die Unterstützung für den europäischen Weg der Ukraine bekräftigt wird.
05.12.2013	Der italienische Ministerpräsident Enrico Letta und Ministerpräsident Donald Tusk treffen sich im Rahmen der polnisch-italienischen Regierungskonsultationen in Warschau. Tusk sagt Letta eine enge Zusammenarbeit während der italienischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2014 zu. Außerdem bestätigt Tusk die Teilnahme Polens an der EXPO 2015 in Mailand, die unter dem Titel »Den Planeten ernähren, Energie für das Leben« stehen wird. Die polnisch-italienischen Regierungskonsultationen wurden 2009 ins Leben gerufen und finden zum dritten Mal statt.
06.12.2013	Der Sejm verabschiedet Änderungen im Rentensystem. Die Beitragszahler haben nun die Wahl, ob sie einen Teil ihrer Einzahlungen in der kapitalbasierten »zweiten Säule« des Rentensystems, den Offenen Rentenfonds (Otwarte Fundusze Emerytalne – OFE), belassen oder sie vollständig in die »erste Säule«, die Sozialversicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS), überführen. Außerdem dürfen die OFE nicht mehr in Staatsanleihen und andere Papiere investieren, für die der Staatsschatz bürgt.
08.12.2013	Auf seiner Reise in die Anrainerstaaten des Persischen Golfs trifft sich Staatspräsident Bronisław Komorowski in Riad (Saudi-Arabien) mit dem Thronfolger Salman ibn Abd al-Aziz und nimmt an einem Wirtschaftsforum teil. Komorowski fordert die saudischen Investoren auf, an der Polnischen Wertpapierbörse zu investieren, die die größte in der Region Ostmitteleuropa ist. Er weist auf das Interesse saudischer Studenten an einem Studium in Polen, insbesondere Medizin, hin und regt eine Unterstützung Saudi-Arabiens für die favorisierten Studiengänge an.
09.12.2013	Auf seiner Reise in die Anrainerstaaten des Persischen Golfs thematisiert Staatspräsident Bronisław Komorowski mit dem Emir von Katar, Tamim ibn Hamad as-Sanim, den Liefervertrag für Erdgas aus Katar nach Polen. Die Abnahme von Erdgas wird sich verzögern, da sich die Inbetriebnahme des Flüssiggasterminals in Swinemünde (Świnoujście) um ein halbes Jahr auf Ende 2014 verschieben wird.
10.12.2013	Der EU-Finanzministerrat (ECOFIN) beschließt, Polen ein weiteres Jahr zur Senkung der Schulden des öffentlichen Haushaltes zu gewähren. Demnach soll das Defizit 2013 4,8 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen, 2014 3,9 % des BIP und 2015 2,8 % des BIP.
11.12.2013	Der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, nimmt den Vorschlag von Ministerpräsident Donald Tusk an, auf der Sitzung des Europäischen Rates in der kommenden Woche an erster Stelle die aktuelle Lage in der Ukraine zu thematisieren. Hintergrund sind Massenproteste der Opposition in der Ukraine aufgrund des antieuropäischen Kurses der Regierung.
12.12.2013	Bei der Eröffnung des Wirtschaftsforums der Vereinigten Arabischen Emirate und Polens in Dubai wirbt Staatspräsident Bronisław Komorowski für die Intensivierung von Handelskontakten und für Investitionen in Polen und weist auf das laufende polnische Privatisierungsprogramm hin, das die Branchen Energie, Chemie, Pharmazie sowie Einrichtungen in Kurorten umfasst.
13.12.2013	Der Sejm verabschiedet den Haushalt für das Jahr 2014. Das vorgesehene Defizit beläuft sich auf zirka 47,7 Mrd. Zloty bei Einnahmen von zirka 276,9 Mrd. Zloty und Ausgaben von zirka 324,6 Mrd. Zloty.
14.12.2013	Der bisherige erste Vizevorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Grzegorz Schetyrna, wird vom Landesrat der PO nicht mehr in den PO-Vorstand gewählt. Erste stellvertretende Vorsitzende wird die Sejmarschallin Ewa Kopacz.
16.12.2013	Bei der Eröffnung des VII. Energieforums in Zoppot (Sopot) warnt Wirtschaftsminister Janusz Piechociński, dass die Energiepolitik in den EU-Ländern mit unterschiedlichen Energiepreisen in den nächsten Jahren zu einer zusätzlichen Spaltung innerhalb der EU führen könne. An der dreitägigen Konferenz nehmen zirka 500 Akteure aus Politik, Energiewirtschaft und Expertenkreisen aus der EU, Russland, der Ukraine und Asien teil.

17.12.2013	Ministerpräsident Donald Tusk teilt die Bereitschaft Polens mit, Frankreichs Militärmission in der Zentralafrikanischen Republik zu unterstützen. Polen könne Zusammenarbeit im Bereich Logistik, Schulungen und humanitäre Hilfe anbieten. Solange die Polnische Armee noch Soldaten im Rahmen des Afghanistaneinsatzes stationiert habe, sei eine weitere Entsendung von Soldaten zu Kampfeinsätzen nicht vorgesehen.
19.12.2013	Staatspräsident Bronisław Komorowski empfängt den neu vereidigten Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Thematisiert werden die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine, nachdem die Ukraine auf dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft im November in Wilna (Litauen) das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnet hatte, und die deutsch-polnischen Beziehungen. Letztere seien so gut wie nie zuvor in der Geschichte. Außerdem trifft sich Steinmeier mit seinem Amtskollegen Radosław Sikorski. Sikorski spricht sich dafür aus, dass die EU das Angebot an die Ukraine, das Abkommen zu unterzeichnen, weiter bestehen lassen soll. Steinmeier betont, dass Deutschland und Polen daran interessiert seien, dass die Situation in der Ukraine nicht eskaliert. Die Reise nach Warschau ist nach Besuchen in Paris und Brüssel Steinmeiers dritte Auslandsreise nach seinem Amtsantritt vor zwei Tagen.
20.12.2013	Ministerpräsident Donald Tusk gibt bekannt, dass Polen 50 Soldaten zu einem dreimonatigen Einsatz in die Zentralafrikanische Republik entsenden wird. Es handele sich nicht um einen militärischen Einsatz, sondern um technisch-logistische Unterstützung. Die polnische Regierung muss nun einen Antrag auf Entsendung an Staatspräsident Komorowski stellen.
21.12.2013	In einem Hirtenbrief äußert sich der polnische Episkopat zur »Ideologie des Gender«, die nicht dem biologischen Geschlecht Bedeutung zuschreibe, sondern dem kulturellen Geschlecht. Dies sei destruktiv gegenüber Einzelpersonen, zwischenmenschlichen Beziehungen und dem gesamtgesellschaftlichen Leben. Die katholische Kirche spreche sich gegen jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes aus, warne aber davor, den Wert des Geschlechtes zu nivellieren. Die Ideologie des Gender vertrete Grundsätze, die mit einem ganzheitlichen Umgang mit der Natur des Menschen im Widerspruch stünden.
23.12.2013	Der Fraktionsvorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Mariusz Błaszczak, spricht sich in einem Radiointerview für ein Referendum zur Rentenreform aus. PiS werde einen Gesetzesentwurf vorlegen, der eine eindeutige Entscheidung entweder für die Allgemeine Sozialversicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS) oder die kapitalbasierten Offenen Rentenfonds (Otwarte Fundusze Emerytalne – OFE) vorsieht. Anders als bisher solle die Rente nicht von beiden Institutionen ausgezahlt werden.
24.12.2013	Die Regierung verabschiedet ein Programm für die Jahre 2014 bis 2020 zur sogenannten Seniorenpolitik, in der Bedingungen und Aufgaben für ein würdiges und gesundes Altern formuliert werden. Außerdem wird das Programm »Generationensolidarität« verabschiedet, dessen Hauptziel es ist, den Anteil der Berufstätigen in der Altersgruppe von 55 bis 64 Jahre bis zum Jahr 2020 auf 50 % zu steigern.
27.12.2013	Staatspräsident Bronisław Komorowski unterzeichnet die Gesetzesreform zur kapitalbasierten Säule des Rentensystems, den Offenen Rentenfonds (Otwarte Fundusze Emerytalne – OFE). Gleichzeitig leitet er die Änderungen an das Verfassungsgericht zur Prüfung weiter.
02.01.2014	Die Nationale Bewegung (Ruch Narodowy) gibt ihre Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 bekannt. Es sei kein Zusammenschluss in Wahllisten mit anderen Parteien vorgesehen. Im Wahlkampf solle unter anderem die Ablehnung der Einführung des Euro in Polen vertreten werden. Die Nationale Bewegung setzt sich aus rechtskonservativen und nationalistischen Organisationen zusammen.
03.01.2014	Nach einer vom Meinungsforschungsinstitut CBOS veröffentlichten Umfrage wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel von den Befragten in Polen 2013 wie schon im Jahr 2012 zur wichtigsten internationalen Politikerin des Jahres bestimmt.
04.01.2014	In Tschenschochau (Częstochowa) findet die 6. Polenweite Patriotische Pilgerfahrt der Fußballfans statt. Intention der Organisatoren der Pilgerfahrten ist die Versöhnung verfeindeter Fanklubs und die Korrektur des Stereotyps vom Fußballfan in den Medien. In seiner Predigt betont Priester Jarosław Wąsowicz, dass der Kampf um die Unabhängigkeit nicht im Jahr 1989 aufgehört habe, und verteidigt die patriotische Einstellung gegenüber einer modernen Einstellung. Die Farbe der Unabhängigkeit heute sei weiß-rot und nicht regenbogenfarben.
07.01.2014	Ministerpräsident Donald Tusk kritisiert scharf die Äußerung des britischen Premierministers David Cameron in der vergangenen Woche. Niemand habe das Recht, polnische Migranten als diejenigen herauszustellen, die das Sozialsystem des Emigrationslandes, in diesem Falle Großbritanniens, ausnutzen würden.
08.01.2014	In einem Telefonat mit Ministerpräsident Donald Tusk erklärt der britische Premierminister David Cameron, er habe bei seinen Äußerungen in der letzten Woche über die Ausnutzung der britischen Sozialsysteme durch Immigranten nicht beabsichtigt, die Gruppe der polnischen Migranten zu stigmatisieren. Polnische Immigranten sind die zweitgrößte ethnische Migrantengruppe in Großbritannien.

09.01.2014	Der Vorstand der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) beschließt auf Wunsch des PO-Abgeordneten und ehemaligen Transportministers Sławomir Nowak, seine PO-Mitgliedsrechte für drei Monate ruhen zu lassen. Hintergrund ist der Vorwurf der Staatsanwaltschaft Warschau, dass Nowak keine korrekten Angaben über seine Besitzverhältnisse gemacht habe.
10.01.2014	Ministerpräsident Donald Tusk stellt die Vorhaben der Regierung für das Jahr 2014 vor. Ende des Jahres solle die Arbeitslosenquote unter 13 % liegen, die soziale und finanzielle Sicherheit von Familien, insbesondere kinderreicher Familien, solle gestärkt werden, und es werde staatliche Investitionen im Energiesektor sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen geben.
13.01.2014	In seinem aktuellen Bericht geht der Internationale Währungsfonds (IWF) davon aus, dass die öffentliche Verschuldung in Polen im Jahr 2014 auf 3,6 % des Bruttoinlandsprodukts sinken wird. Dabei sollen die Änderungen im Rentensystem einen Rückgang der öffentlichen Schulden um fast 9 % ausmachen.
14.01.2014	Während der abschließenden Debatte über die EU-Ratspräsidentschaft Litauens im zweiten Halbjahr 2013 kritisieren polnische Abgeordnete des Europäischen Parlaments die Politik Litauens gegenüber der polnischen Minderheit in Litauen als diskriminierend. Die Staatspräsidentin Litauens, Dalia Grybauskaitė, weist die Vorwürfe als haltlos zurück.
15.01.2014	Im Jahr 2013 wurden in Polen 575.100 Autos produziert, das ist ein Zehntel weniger als im Vorjahr, so die Angaben des Instituts zur Untersuchung des motorisierten Marktes Samar. Die Autoproduktion ist seit Jahren rückläufig.
16.01.2014	Die Ministerin für Wissenschaft und Hochschulwesen, Lena Kolarska-Bobińska, nennt als Priorität für das Jahr 2014 die effektive Ausnutzung von Finanzmitteln des Staates und der Europäischen Union für Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Zu diesem Zweck sollen Expertengruppen gebildet werden, die speziell bei der Antragstellung beraten. Eine weitere Priorität ist die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Forschung und Unternehmen.
17.01.2014	Auf dem Deutsch-Polnischen Energieforum in Berlin unterstreicht Wirtschaftsminister Janusz Piechociński, dass sich das Erreichen der vereinbarten Klimaziele nicht negativ auf die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und die Energiesicherheit auswirken darf. Zusammenarbeit und transparente Kommunikation über die nationalen Klimapolitiken seien unter den Partnern unerlässlich, so auch im Fall der sogenannten Energiewende in Deutschland und ihres Einflusses auf den Energiemarkt der EU und Polens. Polen habe sich für unterschiedliche Technologien im Energiebereich geöffnet, die Grundlage des polnischen Energiemixes bleibe jedoch Kohle.
18.01.2014	Der Haupttrat der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) beschließt, sich im Rahmen der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai für die Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen, darunter Selbstverteidigung (Samoobrona) und die Konservative Volkspartei (Stronnictwo Konserwatywno-Ludowe – SKL), zu öffnen. Der Vorsitzende der PSL, Janusz Piechociński, weist angesichts der Kritik an der programmatischen Zusammenarbeit mit Selbstverteidigung darauf hin, dass auf diese Weise Stimmen für die Konkurrenz auf die PSL umgeleitet werden könnten.
20.01.2014	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, stellt Vorschläge von PiS zur Überwindung der demografischen Krise der EU vor. Die EU sollte eine gemeinschaftliche Pro-Familienpolitik entwickeln, die von allen Mitgliedern mit 1 % des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts finanziert wird. In Polen sollten Familien monatlich mit 500 Zloty pro Kind unterstützt werden, wobei zirka 400 Zloty aus der gemeinsamen EU-Familienpolitik und der Rest aus dem Staatshaushalt aufgebracht werden sollten.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

VERANSTALTUNG



Dritte Tagung Deutsche Polenforschung
Wissen, Verstehen, Übersetzen: Nachbarn im Dialog

Gießen, 20. bis 22. März 2014

EINLADUNG

Die Dritte Tagung Deutsche Polenforschung ist Forum für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Disziplinen, die sich inhaltlich mit Polen beschäftigen, sowie für alle an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Polen Interessierten. Neben den geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächern stehen diesmal Politik- und Sozialwissenschaften stärker im Fokus. Der Kongress bietet die Gelegenheit, über die Grenzen der Fachgebiete und der deutschsprachigen Länder hinweg Kontakte zu knüpfen und zu pflegen, Projekte zu entwickeln und sich über die Situation der deutschen Polenforschung zu informieren.

- Mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden erwartet
- 74 Vortragende in 16 Sektionen
- 28 Projektcurvordstellungen
- Festvortrag von Jurij Andruchowytsh: *Die Polen. Aus der Perspektive eines Angenäherten*
- Lateinisches Theater aus Polen: *Circe*
- Club der Polnischen Versager: *Die Leutnant-Show*
- 11 „Zwischenzeiten“ mit Projektpräsentationen, Buchvorstellungen und Diskussionen
- Posterpräsentationen
- Ausstellungen
- Stände von Verlagen und Institutionen

Anmeldungen von Posterpräsentationen sind noch bis 31. Januar 2014 möglich
Anmeldungen zur Teilnahme an der Tagung sind bis 18. März 2014 möglich (ab 1. Februar wird ein Zuschlag für Spätanmeldungen erhoben)

Aktuelle Informationen und Anmeldung unter: www.polenforschung.de

In Kooperation mit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław (Breslau) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2014 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen